

Georg-August-Universität Göttingen
Frau Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Beisiegel
Wilhelmsplatz 1



37073 Göttingen

Betreff: Nakba-Ausstellung

7 Februar 2017

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

nachdem Frau Prof. Dr. Schneider und Herr Prof. Dr. Ambos aus für mich sehr plausiblen Gründen übereingekommen sind, keine Neuauflage der Nakba-Ausstellung an der Universität Göttingen quasi als einen zweiten Aufguss verantworten zu wollen, möchte ich mich aus meiner Sicht noch einmal abschließend äußern.

Der große Erfolg der Nakba-Ausstellung in der Galerie Alte Feuerwache mit vielen Hundert Besuchern und fast 500 verkauften Ausstellungskatalogen zeigt das große Interesse der Öffentlichkeit an der Nahost-Thematik und das Bedürfnis nach alternativen Informationen. Dass das Wissen um die Hintergründe des den gesamten arabischen Raum beeinflussenden Nahostkonflikts aus historischen Gründen nach wie vor von der israelischen Sichtweise auf den Konflikt dominiert wird, ist offensichtlich. Allein die Tatsache, dass der Begriff der „Nakba“ und die Forschungsergebnisse der sogenannten neuen israelischen Historiker in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt sind, spricht für sich. Da sind die Studenten und vermutlich auch die Mehrzahl der Dozenten der Uni Göttingen keine Ausnahme. Umso mehr ist der Umgang der Universitätsleitung mit der Nakba-Ausstellung zu bedauern.

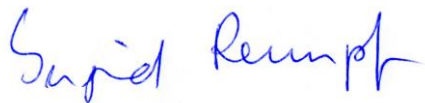
Aus meiner Sicht geht es allerdings auch nur noch vordergründig um die Nakba-Ausstellung, sondern es geht um die Grundsätze unserer Demokratie. Die verantwortungslose Vermischung von jüdischer und israelischer Problematik durch die Gegenseite, die wohlkalkuliert das Ziel hat, jegliche kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte und der Politik der israelischen Regierungen als „antisemitisch“ im Keim zu ersticken, ist kein Göttinger Phänomen, sondern eine Erfahrung, die in jüngster Zeit Universitäten, Volkshochschulen, Stadtbibliotheken, kirchliche Bildungseinrichtungen und andere Veranstalter in zunehmendem Maße machen müssen. Es kann nicht sein, dass postfaktische und völlig unwissenschaftliche Debatten die Entscheidungen gerade auch an deutschen Universitäten bei Auseinandersetzungen um das Thema Nahost beeinflussen oder gar dominieren. Damit werden das Recht auf freie Meinungsbildung und -äußerung, das Recht auf Wissenschaftsfreiheit und der freie und unzensurierte offene Diskurs, also die Grundlagen unsere Demokratie, schwer beschädigt. Es wäre deshalb sehr verdienstvoll, wenn die Universität Göttingen diese Problematik im Blick behalten würde oder besser noch in einer angemessenen Form aufgreifen würde.

Anschrift :: Flüchtlingskinder im Libanon e.V. :: Birnenweg 2 :: 72793 Pfullingen :: Tel +49 7121 78556
Fax +49 7121 5316633 :: www.lib-hilfe.de :: info@lib-hilfe.de

Spendenkonto :: Flüchtlingskinder im Libanon e.V. :: Volksbank Reutlingen :: Kto. 6 337 007 :: BLZ 640 901 00
IBAN DE02 6409 0100 0006 3370 07 :: BIC VBRTDE6R

Da die begründete Sorge um die Zukunft unserer Demokratie kein privates Anliegen von mir persönlich ist, sondern ich mich in großer und ernstzunehmender Gesellschaft weiß, halte ich es für angebracht, Ihnen mein Anliegen vorzutragen. Bestärkt fühle ich mich darin, weil auch innerhalb der Universität die Vorgänge um die Nakba-Ausstellung als die Wissenschaftsfreiheit gefährdend eingeschätzt worden sind.

Mit freundlichen Grüßen



Ingrid Rumpf, 1. Vorstand
irumpf@lib-hilfe.de

PS. Über die Beantwortung meiner Email vom 4.12.2016 würde ich mich sehr freuen.